Peinliche Fragen im Unterhause.

Kennworthy fragte im Londoner Unterhause, ob die von Lloyd George öffentlich verkündete Politik bezüglich Oberschlesiens unverändert fortbestehe. Chamberlain erwiderte: Ja. Kennworthy fragte weiter, ob die Regierung mitteilen könne, welches die augenblickliche Lage in Oberschlesien sei, und ob der Vorschlag gemacht worden sei, daß eine gewisse Zone in Oberschlesien durch eine Reihe von Jahren von alliierten Truppen besetzt werden sollte, erwiderte Chamberlain, die Lage in Oberschlesien habe sich im allgemeinen nicht geändert. Man hoffe jetzt, wo Verstärkungen eingetroffen seien, daß die der Kommission zur Verfügung stehenden Streitkräfte genügen, um diese in die Lage zu versetzen, zu einem baldigen Zeitpunkte die Ordnung wiederherzustellen. Die Antwort auf die zweite Frage laute verneinend. Darauf fragte Wedgwood: Ist es nicht eine Tatsache, daß die gesamte militärische Leitung der Truppen in Oberschlesien sich in den Händen der Franzosen befindet, und wie können wir irgendeine Besserung erwarten, solange die französischen Sympathien mit den polnischen Insurgenten ..... (hier griff der Sprecher ein).

Die „Alliierten".

„Temps" teilt mit, obwohl noch kein Zeitpunkt offiziell ins Auge gefaßt sei, erscheine es nicht unmöglich, daß der Oberste Rat vor Ende Juni zusammentreten werde, wenn die Wiederherstellung der Ruhe in Oberschlesien binnen zehn Tagen vollzogen sei, und wenn die Ereignisse im Orient (gemeint ist Kleinasien!) die Ententeregierungen bis dahin in den Stand setzen, sich über eine gemeinsame Politik zu einigen.

Der italienische General de Martini hat infolge des britischen Ersuchens von der Regierung in Rom Auftrag erhalten, in Oberschlesien Gewalt anzuwenden, wenn dies nötig sein sollte. Die französische Regierung hat das englische Ersuchen ebenfalls „wohlwollend" in Erwägung gezogen.

Wohl infolge dieses Auftrages ist nun den Insurgenten ein neues Ultimatum gestellt worden. Falls noch einmal Ratibor von ihnen, sei es mit Artillerie, sei es durch Maschinengewehr- oder Infanteriefeuer beschossen werden sollte, werde die italienische Artillerie ihre Stellungen „unwiderruflich" mit Feuer belegen.

Wieder ein Abgeordneter verschleppt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bias wurde in seiner Wohnung im Beuthener Vorort Roßberg von polnischen Banditen festgenommen und mit noch zwei anderen deutschen Einwohnern fortgeschleppt. Diese „Verhaftung" soll als Repressalie wegen Belästigung polnischer Bürger in Beuthen erfolgt sein. Die Meldung polnischer Blätter, daß Bias wieder entlassen worden sei, ist falsch.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Abgabe von Eisenbahnwagen an die Entente.

Bis zum 31. Mai 1921 einschließlich wurden insgesamt gemäß Artikel 238 des Friedensvertrages an rollendem Eisenbahnmaterial zurückgegeben: an Belgien 5670 Staatsbahnwagen und 86 Privatwagen, an Frankreich 2546 Staatsbahnwagen und 226 Privatwagen, zusammen 8528 Wagen.

Das Statut des Garantiekomitees.

Die Reparationskommission hat am 27. Mai ein vorläufiges Statut des Garantiekomitees beschlossen, dessen Text jetzt amtlich übermittelt wird. Das Statut setzt in Übereinstimmung mit den Bedingungen des Ultimatums die Zusammensetzung und die Aufgaben des Garantiekomitees fest. An den Sitzungen des Komitees können immer nur die Vertreter von höchstens fünf in der Reparationskommission vertretenden Mächten teilnehmen; die Delegierten Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten sind ständige Teilnehmer. Es bleibt also nur ein Platz frei, der in besonderen Fällen von den Vertretern Japans oder des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates, sonst von dem Vertreter Belgiens besetzt wird. Mitglieder sind vorläufig die folgenden Persönlichkeiten: Sir Hugh Levick, Großbritannien; Maulère, Frankreich; d'Amelio, Italien; Bemelmans, Belgien; Sekiba, Japan; Diouritch, serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.

Überflüssige Saarkohlen für — Österreich.

Aus dem Kohlenüberfluß der Saarbergwerke, die bekanntlich zum Ersatz der im Kriege zerstörten nordfranzösischen Gruben an Frankreich übergeben wurden, werden nunmehr den österreichischen Eisenbahnen im Juni, Juli und August je 30 000 Tonnen abgegeben.

Gareis' Beerdigung und Streikschluß.

Unter überaus starker Beteiligung der Münchener Arbeiterschaft fand Montag die Beisetzung des ermordeten Abgeordneten Gareis auf dem Ostfriedhof in München statt. Sie ist ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Am Grabe sprachen mehrere sozialistische Führer. Der Streik wurde am selben Abend abgesagt. Die Blätter sind wieder erschienen. Nach dem Tode des Abgeordneten Gareis wird nach dem Ergebnis der Abstimmung bei den letzten Landtagswahlen Ernst Toller Abgeordneter des bayerischen Landtages. Toller befindet sich in Festungshaft in Niederschönenfeld; der bayerische Landtag müßte seine Haftentlassung verlangen, damit Toller seinen Platz im Landtag einnehmen könnte.

Die Auslieferung Kaiser Wilhelms abermals verlangt.

Im französischen Senat hat Senator Duplantier eine Interpellation eingebracht über die Maßnahmen, die die Regierung zu treffen gedenkt, um die Erfüllung der Vertragsbestimmung betreffend die Aburteilung des früheren Deutschen Kaisers und der andern, die die Kriegsgesetze zum Nachteil der Untertanen der alliierten Länder übertreten haben, herbeizuführen. Der „Figaro" glaubt nicht, daß die holländische Regierung den Kaiser ausliefern wird.

Entdeckung eines geheimen Munitionslagers.

Beamte des Staatskommissars fanden zwischen Gera und Ronneburg ein Lager von Infanterie- und Maschinengewehrmunition. Zwischen 30 000 und 40 000 Patronen wurden beschlagnahmt und der Reichstreuhandgesellschaft in Erfurt zugeführt. Mehrere Personen, darunter zwei Wachtmeister der Abteilung Gera der Thüringer Landespolizei, wurden verhaftet. Sie sollen, nach der Magdeburger Zeitung, den Kommunisten nahestehen.

Nordamerika.

× **Der Friedensschluß mit Deutschland.** Das Repräsentantenhaus hat mit 305 gegen 61 Stimmen die Entschließung Porter angenommen, die den Kriegszustand mit Deutschland und Österreich beendet, ohne, wie die Entschließung Knox, die Kriegserklärung zu widerrufen. Die Angelegenheit geht nun an den Verhandlungsausschuß der beiden Häuser.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Präsident der Reichsrücklieferungskommission, Kommerzienrat Dr. jur. Guggenheimer, ist mit der auftragsweisen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskommissars zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten im Ehrenamt betraut worden.

Warschau. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Paderewski wurde von seinem Posten als erster Delegierter beim Völkerbunde sowie von dem Posten als Vertreter der polnischen Regierung beim Völkerbunde enthoben.

Bern. Der Bundesrat hat den Bundesbeschluß vom 31. Mai 1918 betreffs des Verbots der Ausfuhr von schweizerischen Banknoten und Kassenscheinen der Darlehnskassen der Eidgenossenschaft mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Rathenau über Wiesbaden.

Weiterverhandlungen in Paris.

Der deutsche Wiederaufbauminister ist nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er mit dem französischen Minister Loucheur noch einige weitere Besprechungen vor der beiderseitigen Abreise gehabt hatte.

Staatssekretär Dr. Bergmann hat Rathenau auf seiner Reise nach Berlin begleitet. Bergmann wird sich dort drei bis vier Tage aufhalten und dann nach Paris zurückkehren, um die in Wiesbaden mit Loucheur begonnenen Besprechungen fortzusetzen. Man hofft, daß in zwei bis drei Wochen es den beiden Ministern gelingen wird, sich über gewisse praktische Punkte von großer Bedeutung zu einigen.

Das bisherige Einvernehmen soll sich erstrecken auf die materiellen Lieferungen und die Verwendung der Arbeitskräfte zum Wiederaufbau des Kriegsgebietes, sowie auf die Durchführung der deutschen Ausfuhrtaxe.

Zu Forstwart Kaiser's Begräbnis

am 9. 6 21.

Horch! was flüstern die Wipfel so bang?
Horch! was rauschen die Tannen?
Heute gilt es den letzten Gang
Ihm den lieb wir gewonnen.

Klagend flötet die Drossel ihr Lied
Um den Forstmann den braven,
Und es schluchzt die Dommel im Ried,
Daß er für immer entschlafen.

Trübe schleichet der Walddach daher,
Kündet's den knorrigen Eichen:
„Unser Kaiser-Karl ist nicht mehr!" —
Trauernd die Birken sich neigen.

Schweigend hebt sich der Bussard vom Horst,
Daß er den Freund noch erspähe,
Bringt ihm die letzten Grüße vom Forst
Kreisend in lichtblauer Höhe.

Lauschend im Feld steht der rote Bock,
Als sie zu Grabe ihn sangen:
Einer der besten vom grünen Rock
Ist, nun zur Ruhe gegangen.

Der seinen Wald mit Liebe gepflegt
— Liebe sei ihm beschieden! —
Und in Treue sein Wild hat gehegt,
Schlafe und ruhe in Frieden!

Von seinem Leipziger Weidgenossen Sch.

Beiderseitiger Wille zur Verhandlung.

In einer kurzen Unterredung mit Rathenau sagte dieser dem Vertreter des „Matin", er könne sich auf Interviews nicht einlassen. Aber er diktierte dem Zeitungsmann folgende Erklärung: „Meine Haltung bezüglich des Wiedergutmachungsproblems ist durch meine Reichstagsrede bekannt. Ich habe ihr nichts hinzuzufügen. Die Besprechung mit Herrn Loucheur hat sowohl auf der einen wie auf der andern Seite gezeigt, daß der Wille, über diese sehr ernsten und sehr schwierigen Fragen zu verhandeln, vorhanden ist, und zwar, wie sich die Engländer ausdrücken, nach dem Gesichtspunkt des „matter of fact", d. h. nach der Art von zwei Technikern, die die Gewohnheit haben, große internationale Aufgaben zu behandeln."

Entente-Treibereien gegen das Reichsgericht

Englische und belgische Vorstöße.

Das Schelten gegen die Urteile des Leipziger Reichsgerichts wurde in den Alliiertenländern sofort und selbstverständlich schon nach dem ersten Prozeß laut. Jetzt aber wird dieses Schelten zur offenen Drohgebärde und die Regierungsvertreter haben oder wollen nicht den Mut haben, der Hetze entgegenzutreten.

So fragte im englischen Unterhause ein Abgeordneter, wieviel Deutsche angeklagt seien, Lazarettschiffe versenkt zu haben. Ferner, ob man in Anbetracht der Freisprechung des Angeschuldigten, der die Dover Castle versenkt habe, weil diese Tat auf höheren Befehl ausgeführt worden sei, die Liste der „Kriegsverbrecher" abändern werde, um diejenigen Personen anzuklagen, die derartige Befehle herausgegeben hätten. Der Generalstaatsanwalt antwortete, daß einige Anklagen wegen Versenkung von Lazarettschiffen vorlägen. Die Entscheidungen des Leipziger Gerichtshofes zögen nicht den Verlust der Rechte der Alliierten nach sich, die ihnen der Friedensvertrag gäbe. Sobald die Prozesse vor dem Leipziger Gericht beendet seien, würden die Alliierten beschließen müssen, was zu tun sei.

Und in Belgien nahm ein Ministerrat von den Entscheidungen Kenntnis, die das Reichsgericht in Leipzig gefällt hat und äußerte sich dazu. Nach den Bestimmungen des Abkommens der Alliierten könnten die Entscheidungen dieses Gerichts nur als Proben angesehen werden, durch die die deutschen Behörden ihren loyalen Willen bekunden sollen, die Verbrechen nachdrücklich zu bestrafen. Sobald die belgische Regierung die Berichte ihrer Delegierten in Leipzig empfangen haben wird, wird sie prüfen, ob die Probe, so wie sie sich aus den ersten Entscheidungen ergibt, als befriedegend angesehen werden kann.

Also in beiden Fällen das gleiche Bestreben. Man stellt ein Verlangen an Deutschland. Dieses Verlangen wird erfüllt. Nachher kommen die Alliierten, stellen sich unbefriedigt und wieder einmal wird mit dem Stahl brutaler Gewaltanwendung herumgefuchtelt. In England prägt man dafür den Ausdruck „Ehrliches Spiel".

Deutscher Reichstag.

CB. Berlin, 14. Juni.

Die heutige Sitzung wurde vom Präsidenten Loebe damit eröffnet, daß er, gestützt auf Pressenachrichten, mitteilte, ein zweites Mitglied des Reichstages, der Abg. Bias-Beuthen (Soz.) sei von den Polen verschleppt worden. Der Reichskanzler, fügte der Präsident hinzu, hat mich verständigt, daß amtliches Material in dieser Angelegenheit noch nicht vorliegt, Graf Praschma aber sofort mit der Einleitung von Schritten bei der Interalliierten Kommission beauftragt worden ist. Der Präsident schloß mit der Hoffnung, daß diese Schritte von Erfolg begleitet sein möchten. — Bevor man zur Tagesordnung kam, beantragte der Abgeordnete Crispien (U. Soz.), eine Interpellation seiner Partei über die Ermordung des bayerischen Abgeordneten Gareis und die Aufhebung und Entwaffnung der Orgesch-organisationen auf die Tagesordnung zu setzen. Abg. Geyer (Komm.) schloß sich diesem Antrage an. Ein Widerspruch dagegen erhob sich nicht, und der Minister des Innern Dr. Gradnauer erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, die Interpellation so rasch wie möglich zu beantworten. Aber es schwebten noch Verhandlungen mit den Regierungen der Einzelstaaten, vor deren Abschluß eine Beantwortung nicht möglich sei. Die Beantwortung werde aber noch im Laufe dieser Woche geschehen. Nun kam man zu den

kleinen Anfragen.

Auf eine Anfrage der kommunistischen Abgeordneten wegen angeblicher unmenschlicher Grausamkeiten der Sipo an in Mitteldeutschland gefangenen Arbeitern und wegen Erschießung eines Bürgermeisters wird von der Regierung erwidert, daß die Reichsregierung nach Eingang der erforderlichen Unterlagen antworten werde. Auf eine Anfrage des Abg. Degierk (Deutschn.) wegen der Überführung deutscher Kriegerleichen aus französischer Erde erwiderte ein Regierungsvertreter, daß die Auffindung der Gräber bei der großen Zahl Gräber sehr schwierig sei und daß die Überführung sich auf mindestens 20 000 Mark stelle. Die Regierung glaubt daher, sich in dieser Frage Zurückhaltung auferlegen zu müssen. Deshalb könne sie sich vor einer allgemeinen Konferenz mit den Ententeländern, die morgen in Brüssel beginnen soll, über ihre Stellungnahme noch nicht äußern.

Endlich ist die Anfrage des Abg. Freiherrn v. Lersner (Deutschn.) wegen der deutschen Gefangenen in Avignon zu erwähnen. Es wurde von seiten der Regierung darauf geantwortet, daß sich noch 115 Gefangene in Avignon befinden. Auf Intervention der Reichsregierung sind bisher 16 davon entlassen worden. Zu weiterem Entgegenkommen hat sich die französische Regierung noch nicht bestimmen lassen. Die Reichsregierung hofft, daß die Protestversammlung in Berlin dazu beitragen wird, die französische Regierung zum Einlenken zu bewegen.

Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Der in zweiter Beratung vorgenommene Gesetzentwurf sieht eine Umlage von 3 Millionen Tonnen Getreide für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung vor.

Reichsernährungsminister Hermes leitete die Verhandlungen mit einer längeren Rede ein, in der er die Notwendigkeit der Sicherstellung der versorgungsberechtigten Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen betonte. Gegen die Zwangswirtschaft haben sich Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe ausgesprochen sowie einzelne Verbraucherkreise. Dazu kommt, daß die Erfassung der erforderlichen Getreidemengen bei der Reichsgetreidestelle auf den vierten Teil der im Jahre 1918 erfaßten Menge zurückgeht. Schuld daran ist die Abneigung der Landwirtschaft gegen die weitgehende Fesselung. Wir brauchen in diesem Jahre 3½ Millionen Tonnen Inlandgetreide, das ist auf dem bisherigen Wege nicht möglich.

Hölz vor Gericht.

§ Berlin, 14. Juni.

Nach der Vernehmung der medizinischen Sachverständigen gab der angeklagte Bandenführer Max Hölz noch einmal eine zusammenhängende Schilderung der Vorgänge in Mitteldeutschland. An sich, sagte er, seien Kommunisten gegen alle Vernichtungen und Verheerungen, da sie ja alles, was vorhanden sei, als ihr Eigentum betrachteten. Aber es könne vorkommen, daß man genötigt werde, gegen diese Grundsätze zu handeln. Als eine solche Durchbrechung des Prinzips seien auch die kommunistischen Brandstiftungen, die sich in erster Linie gegen vornehme Villen richteten, aufzufassen. Sie seien erfolgt, damit dem Bürgertum ein heilsamer Schreck eingejagt würde.

Nach diesen Darlegungen, in deren Verlauf sich Hölz einmal als „Gefühlskommunisten" bezeichnete, begann die

Beweisaufnahme,

die schon in ihren Anfängen erkennen ließ, daß eine Anzahl Zeugen, offenbar aus Furcht vor kommunistischen Racheakten, nur zaghaft und ungern aussagte. Der Steiger Hennicke aus Kloster Mansfeld erzählte, wie Hölz am 20. März im Zirkelschacht erschienen sei und unter fürchterlichen Drohungen die Arbeiter aufgefordert habe, innerhalb einer Viertelstunde die Arbeit niederzulegen.

Der Herr Bataillonsschreiber.

Es erschien dann in der Person des Kaufmannes Alfred Leß aus Berlin ein Zeuge, dessen Abenteuer mit Hölz ein bißchen komisch anmuten. Leß war zufällig in Mansfeld, als dort der kommunistische Aufruhr ausbrach, und ging nach dem „Goldenen Ring", um sich den „roten General", der dort sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, einmal gründlich anzusehen. Das sollte ihm zum Verhängnis werden, denn er wurde im nächsten Augenblick sozusagen „requiriert" und wider seinen Willen zum „Bataillonsschreiber" der „roten Armee" gemacht. Natürlich ist er nun auf Hölz nicht besonders gut zu sprechen, und seine Aussagen belasten den Generalissimus von Mansfeld ziemlich schwer. Hölz nimmt ihm das aber gar nicht sehr übel, sondern entgegnet nur mit einer gewissen verächtlichen Geste daß er diesen Zeugen durch acht bis zehn andere Zeugen eines glatten Meineides überführen könnte. Er verschmäde das aber, da ihm der Mann, dem der Hunger aus den Augen sehe, leid tue.

Kriegsberichte.

Im übrigen befolgt Hölz die etwas bequeme Taktik, die Zeugen, die gegen ihn aussagen, als gekauft oder beeinflußt zu bezeichnen, wogegen sich die meisten ganz energisch wehren. Die Darstellungen des Kleinkrieges, der unter dem Oberkommando des vogtländischen Kommunistenhäuptlings geführt wurde, weichen in den Einzelheiten nicht wesentlich voneinander ab. Ein Hüttenarbeiter Morgenstern schildert, wie nach einer Hetzrede des Bandenführers die Mansfelder Werke stillgelegt und Häuser in Brand gesteckt wurden. Der aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführte Zeuge Bergmann Bönicke, der nicht vereidigt wird, weil er dringend verdächtig ist, an den strafbaren Handlungen teilgenommen zu haben, bezeichnet Hölz als den Mann, der ihn ins Unglück gestürzt habe, und schildert dann, wie der „Höchste" — so wurde Hölz von seinen Leuten genannt — Dynamit stahl und Sprengungen vornahm. Ein anderer Zeuge berichtet über den Überfall auf die Sparkasse Helbra und behauptet, daß Hölz diesen Plünderungszug mitgemacht habe, was der Angeklagte entschieden in Abrede stellt.

Es entspinnt sich nun eine Erörterung darüber, ob gewisse Zeugen, darunter Sipoleute aus Eisleben, vernommen werden sollen. Der Staatsanwalt will auf diese Zeugen verzichten und als wahr unterstellen, daß Hölz unnötiges Blutvergießen vermeiden wollte. Als der Gerichtshof in diesem Sinne beschließt, gerät Hölz in große Erregung: geradezu auf der Vernehmung der Sipoleute bestehe er, da er durch die